

WIRTSCHAFTSPOLITIK

SPD gründet
Industrie-Zirkel

Führende Wirtschaftspolitiker der SPD haben zusammen mit Industriellen einen neuen Parteizirkel gegründet. Das „Forum Wirtschaft“ will sich etwa einmal im Monat treffen und vier hochkarätig besetzte Veranstaltungen im Jahr organisieren. Hauptsächlich jedoch will die Runde der SPD Politikvorschläge zu wirtschaftsrelevanten Themen wie beispielsweise dem Arbeitsmarkt machen. Der Zirkel sieht sich dabei als Gegenpol zum sozialpolitischen Flügel der Partei; er will wirtschaftsliberalen Vorschlägen mehr Gewicht verleihen. Dem Gremium gehört neben den Bundesministern für Finanzen und



Steinbrück

Umwelt Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel auch der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Rainer Wend an. Als Wirtschaftsvertreter sind TUI-Lenker Michael Frenzel, Günter Papenburg, der Chef des gleichnamigen Baumaschinenherstellers, der Wirtschaftsweise Peter Bofinger und die designierte Vorstandssprecherin der KfW, Ingrid Matthäus-Maier, vertreten.



Golf-Produktion

AUTOINDUSTRIE

Teurer Stellenabbau

Der geplante Stellenabbau dürfte den Volkswagen-Konzern über eine Milliarde Euro kosten. Die Hälfte davon wollen die Wolfsburger allein für das Abfindungsprogramm ausgeben, mit dem sie Mitarbeiter zum Ausscheiden bewegen wollen. Volkswagen bietet rund 85 000 Mitarbeitern in Deutschland bis zu 250 000 Euro an, wenn sie freiwillig ihren Arbeitsplatz aufgeben. Intern wird damit gerechnet, dass allenfalls 4000 Mitarbeiter auf das Angebot eingehen. Grund: Die VW-Werke liegen in strukturschwachen Gebieten, in denen es wenig Aussichten auf eine andere Stelle gibt. DaimlerChrysler will mit

einem ähnlich hochdotierten Programm 8500 Mitarbeiter zum Ausscheiden bewegen. Doch im Großraum Stuttgart sind die Chancen auf neue Jobs deutlich höher als in Nähe der VW-Fabriken in Wolfsburg, Emden, Hannover, Kassel, Salzgitter und Braunschweig. VW will zudem bis zu 16 000 Mitarbeiter über ein Frühpensionierungsprogramm zum Ausscheiden bewegen. Außerdem prüft der Autokonzern, ob er mehrere Tausend Mitarbeiter an Zulieferer und andere Unternehmen ausleihen kann. VW würde dann die Differenz zwischen den eigenen Löhnen und den niedrigeren der neuen Arbeitgeber ausgleichen.

GEWERKSCHAFTEN

Krach im Aufsichtsrat

Ein Nachspiel haben die Querelen um die Abwahl der früheren DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer im Aufsichtsrat der Saarstahl AG. Vertreter von Arbeitnehmer- und Kapitaleseite werfen der DGB-Führung vor, das Gremium im Machtkampf um die Besetzung des DGB-Vorstands missbraucht zu haben. Einen Tag vor der entscheidenden Sitzung der Saarstahl-Betriebsräte hatte ihnen die Gewerkschaftszentrale mitgeteilt, dass sie künftig nicht mehr Engelen-Kefer, sondern deren designierte Nachfolgerin Ingrid Sehrbrock

in das Gremium entsenden will. „Wir sind von dieser Entscheidung völlig überfahren worden“, kritisiert die stellvertretende Gesamtbetriebsratsvorsitzende und Saarstahl-Aufseherin Ellen Neumann. „Der Ärger unter den Kollegen ist riesengroß.“ Vertreter der Kapi-



talseite werfen der DGB-Führung vor, mit ihrem Vorgehen die Mitbestimmung beschädigt zu haben. „Es entspricht nicht demokratischen Gepflogenheiten, einem Aufsichtsrat Kandidaten aufzunötigen“, sagt der stellvertretende Aufsichtsratschef Hans Ringwald. Der Personalvorschlag habe „den Absprachen widersprochen, die Kapital- und Arbeitnehmervertreter zuvor getroffen haben“. Ringwald will seine Kritik bei der Hauptversammlung des Konzerns öffentlich machen. In der entscheidenden Sitzung hatten 23 Betriebsräte Sehrbrock gewählt, 13 stimmten für Engelen-Kefer, 11 enthielten sich.

Engelen-Kefer